

23 Reiche wollen Vermögensabgabe

19. Mai 2009 18:15



Knapp zwei Dutzend Wohlhabende wollen Teile ihres Vermögens freiwillig dem Staat geben. «Wir haben mehr, als wir zum Leben brauchen», sagt einer von ihnen. «Gelangweilte Reiche entdecken neues Hobby», meint ein Kritiker.

Zur Schau stellen sie ihren Reichtum nicht, und als Spinner wollen sie schon gar nicht abgestempelt werden: die 23 Wohlhabenden, die ausnahmsweise nicht über zu viel Steuern klagen, sondern sogar mehr davon an den Staat zahlen wollen.

Die einen haben, was die anderen brauchen: Geld
Foto: dpa

Sie haben sich zu einer eher ungewöhnlichen Initiative zusammengeschlossen und machen sich gemeinsam für eine Vermögensabgabe der Reichen stark. Linkspartei, Grüne, Gewerkschaften und SPD-Linke bekommen so mitten in der Krise Unterstützung von unerwarteter Seite. Die Initiative um den 31-jährigen Firmenerben Bruno Haas fordert, dass Menschen mit einem Gesamtvermögen von mehr als einer halben Million Euro fünf Prozent an den Staat zahlen.

Alle Wohlhabenden sollten in diesem und im nächsten Jahr in die Pflicht genommen werden, um die Lasten der Krise zu mildern. Der Obolus soll auf zwei Jahre befristet sein, folgen soll eine Vermögensteuer. Die Betuchten wollen ihr Scherflein dazu beitragen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich nicht wächst. Das Geld soll in Umweltschutz, mehr Personal in Bildung, Gesundheit und Pflege und Hartz IV fließen.

Wie in den fünfziger Jahren?

«Wir sind keine naiven Spinner», sagt Dieter Lehmkuhl. Er ist einer der Unterzeichner und hat wie Haas dank eines Erbes viel Geld. Es verletze das Gefühl für Gerechtigkeit, wenn diejenigen die Zeche zahlen müssten, die weder die Krise verursacht noch von ihr profitiert hätten, sagt der Psychiater. «Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, die Arm und Reich polarisiert.» Mit einem Vermögen gehe Verantwortung einher, sagt auch Haas, der Firmenanteile geerbt hat: «Wir haben mehr, als wir zum Leben brauchen.»

Ob Haas & Co. Erfolg mit ihrem Vorstoß in der Politik und unter den oberen Zehntausend haben, ist mehr als fraglich. Einen ähnliche Idee gab es bereits 2005. Sie verlief aber nach kurzem Medienecho sang- und klanglos im Sande. Damals waren es 21 Wohlhabende um den sozial engagierten Hamburger Reeder Peter Krämer, die Vermögende stärker zur Kasse bitten wollten. Eine «Vermögensabgabe» hatte es Anfang der fünfziger Jahren zum Ausgleich der Kriegsfolgen gegeben.

Geteiltes Echo

Der jetzige Appell entstand aus der «Bewegungsstiftung». Die wurde von der Hamburger Fabrikantentochter Susann Haltermann mitbegründet. Die Mittfünfzigerin gehört auch zu den Anhängern der Abgabe - neben Ärzten, Lehrern und Privatiers. Prominente Namen aber fehlen.



Mit der Idee der 23 könnten in den zwei Jahren mindestens 50 Milliarden Euro in die Staatskassen gespült werden, rechnet Bernhard Seidel vor, der früher beim Deutschen Institut für Wirtschaft (DIW) war. Die genaue Summe sei aber schwer zu ermitteln. 2002 habe es rund 2,28 Millionen Haushalte mit einem Nettovermögen von mehr als 500.000 Euro gegeben. Seither dürften es eher mehr geworden sein.

Im Internet erzeugt der Vorschlag ein geteiltes Echo. «Gelangweilte Reiche entdecken neues Hobby», lästert da ein gewisser «Hartz4» auf der noch ziemlich leeren Seite der Initiative www.appell-vermoegensabgabe.de. Ein anderer findet die Idee gut, ist aber skeptisch: «Wenn die Politiker das Geld in die Hand bekommen, wird's sowieso wieder verplempert und in den großen Topf geworfen!» (Alexandra Ringleb/dpa)